

Titel der Drucksache:

**Neue Formen der frühzeitigen
Bürgerbeteiligung**

Drucksache

0335/15

Stadtrat

Entscheidungsvorlage

öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	04.03.2015	öffentlich	Entscheidung

Beschlussvorschlag

BP 01

Der OB wird beauftragt, ein die Dezernate übergreifendes Team der Verwaltung zu berufen, welches zusammen mit Vertretern der Fraktionen einen Katalog von Maßnahmen und Planungen erstellt, bei denen eine Bürgerbeteiligung zu einem Zeitpunkt vor dem ersten offiziellen Beteiligungsschritt durchzuführen ist.

BP 02

Es wird ein Katalog von Verfahrensschritten erstellt, in dem Schritte zur Ansprache und Einbindung betroffener Bürger festgelegt werden. Der Umfang richtet sich nach der Größe der Maßnahme.

BP 03

Dabei sind Erfahrungen aus anderen Städten (z.B. Freiburg, Hannover, Leipzig usw.) auszuwerten und auf ihre Übertragung auf Erfurt zu bewerten.

BP 04

In der Phase der Umsetzung sind verschiedene Beteiligungsverfahren zu testen und auszuwerten, wie diese durch die Bürger angenommen werden.

10.02.2015, gez. i. A. F. Rödiger

Datum, Unterschrift

Nachhaltigkeitscontrolling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage	Demografisches Controlling <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Anlage			
Finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja →	Nutzen/Einsparung <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, siehe Sachverhalt			
↓	Personal- und Sachkosten (in EUR) / Personalkosteneinsparung (in VbE)			
Deckung im Haushalt <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	Gesamtkosten EUR			
↓				
	2015	2016	2017	2018
Verwaltungshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Verwaltungshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Einnahmen	EUR	EUR	EUR	EUR
Vermögenshaushalt Ausgaben	EUR	EUR	EUR	EUR
<input type="checkbox"/> Deckung siehe Entscheidungsvorschlag				

Fristwahrung

Ja Nein

Anlagenverzeichnis

Sachverhalt

Verschiedene Entscheidungsprozesse der Stadtverwaltung haben in der letzten Zeit heftigen Protest betroffener Bürger ausgelöst. Sei es der Streit um die Kita 3- Käse-Hoch, die Rathausbrücke, die Schulnetzplanung oder Eingriffe in die soziokulturelle Landschaft. Entscheidungen, die von der Verwaltung und auch dem Stadtrat vor längerer Zeit, oft sogar in großer Einmütigkeit getroffen wurden, trafen bei den Betroffenen kurz vor der konkreten Umsetzung auf erheblichen Widerstand.

Formal sind die gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren eingehalten worden, nur werden im Zeitalter von Tablet-PCs und Smartphones die Betroffenen kaum noch erreicht.

Neue und spezifische Formen der Bürgerbeteiligung -über die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren hinaus- sind notwendig. Dies kann und soll nicht alleinige Aufgabe der Verwaltung sein. Die organisierten Volksvertreter, sprich der Stadtrat und die Parteien, welche die Kandidaten stellen, sind hier ebenso in der Pflicht.